

„Der Sozialstaat muss nicht neu definiert werden“

Der Vorsitzende der „Stiftung Ordnungspolitik“ über die Hartz-IV-Debatte und Haushaltsprobleme

Mit dem Begriff „Ordnungspolitik“ können viele nicht viel anfangen. Dabei waren etliche bekannte deutsche Ökonomen „Ordnungspolitiker“, die analysieren wollten, wie denn der Ordnungsrahmen einer Volkswirtschaft aussehen soll. Die „Stiftung Ordnungspolitik“ feiert heute ihr zehnjähriges Bestehen. Anlass der Gründung war der 50. Todestag von Walter Eucken, einem der Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Dem Kuratorium gehören auch der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog und Ex-Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer an. Die WELT sprach mit dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Lüder Gerken, über die Hartz-IV-Debatte und staatliche Kontrolle.

DIE WELT: Guido Westerwelle hat nach dem Hartz-IV-Urteil, nach denen die Sätze für Kinder zu gering sein sollen, eine große Sozialstaatsdebatte losgetreten. Er sprach von „sozialistischen Zügen“ und „spätromischer Dekadenz“, die sich in unserer Gesellschaft breit gemacht habe. Hat er Recht?



Stiftungschef
Lüder Gerken

Lüder Gerken: Der Streit, wie viele der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen sich eigentlich nicht mehr um Arbeit bemühen, ist uralte und reichlich fruchtlos. Auch die beste Sozialpolitik kann nicht bei jedem Einzelnen Motivationsforschung betreiben. Zudem stellt sich die Frage auch ein Stück neu, wenn die Kinder von Arbeitslosen versorgt sein müssen. Denen kann man ja beim besten Willen nicht unterstellen, dass sie an dieser Situation Schuld tragen. Sozialmissbrauch können Sie eigentlich nur dann zu 100 Prozent ausschließen, wenn sie gleichermaßen die Sozialhilfe auf null herunterfahren. Das kann keiner wollen, weil dies gegenüber dem ehrlich Arbeit-suchenden eine tiefe Ungerechtigkeit wäre.

Brauchen wir eine Neudefinition des Sozialstaats, wie Westerwelle fordert?

Gerken: Eigentlich nicht. Denn die beschriebene Zwickmühle, in der sich der Sozialstaat befindet, ist meiner Meinung nach an dieser Stelle nicht zu überwinden.

Erleben wir nicht gerade, dass der Sozialstaat auf eine europäische Ebene gehoben wird, wenn die anderen Staaten nun Griechenland helfen werden?

Gerken: Hier gilt es einerseits darum die Dinge sauber zu trennen: Griechenlands Hauptproblem ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die durch die Einführung des Euro erst richtig zum Tragen kam, da die griechische Nationalbank die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr mit lockerer Fiskalpolitik abfedern konnte. Was aber jetzt auf jeden Fall vermieden werden muss, ist, dass Deutschland und andere Länder den nichtreformierten griechischen Sozialstaat weiter alimentieren.

Besteht die Gefahr, dass der Staat jetzt in der gesamten Wirtschaftswelt zum immer wiederkehrenden Retter verkommt und überreguliert? Oder ist die Gefahr größer, dass alles seinen Gang nimmt wie vor der Finanzkrise?

Gerken: Natürlich besteht die Gefahr, dass wir das Kinde mit dem Bade ausschütten. Und natürlich ist es so, dass Beamte und Politiker fast aller Couleure die Stunde gekommen sehen, massiv in das Räder-

werk der Wirtschaft hineinzuregieren, wozu aber die Politik so gar nicht gerüstet ist. Wie wenig Politik dazu in der Lage ist, zeigen ja die traurigen Schicksale der Landesbanken.

Die Ordnungspolitik hat in Deutschland zurzeit keinen guten Stand, mathematisch orientierte Ökonomen warfen Ihnen vor, ihre unmathematischen Methoden seien nicht mehr zeitgemäß. Was sagen Sie Ihren Kritikern?

Gerken: Ich bedauere den Gang dieser Entwicklung sehr, denn ich halte eine Stärkung der Ordnungspolitik mehr denn je für das Gebot der Stunde. Die „Mathematiker“ können immer nur berechnen, was Ihnen an Informationen zur Verfügung steht. Deshalb wird es immer beide geben müssen, die „Ordnungspolitiker“ und die „Mathematiker“.

Wenn Sie einen Wirtschaftswunsch frei hätten zum zehnten Geburtstag Ihrer Stiftung, welcher wäre das?

Gerken: Mehr ordnungspolitisches Bewusstsein, in Deutschland und mehr noch in Europa.

Das Gespräch führte Martin Greive